



Joe Biden,
Präsidentschaftskandidat
der Demokraten, Ende
Januar in Iowa



WELTBÜHNE

Partei der *vier* Stämme

Von
STEPHAN BIERLING

Fotos
MARK PETERSON

Noch schweißen die Wut auf Trump und der große Integrator Joe Biden die heterogenen Demokraten zusammen. Nach einem Wahlsieg könnten die Flügelkämpfe aber aufbrechen. Für Europa und Deutschland wird es auch bei einem Machtwechsel im Weißen Haus ungemütlich bleiben.

Donald Trump hat Amerika gespalten, doch die Demokraten geeint. Letzteres ist eine beachtliche Leistung. Die Partei erinnert heute nämlich an einen Clan, dessen Mitglieder ständig miteinander im Clinch liegen. Nichts dokumentierte dies besser als die Vorwahlen 2020. Mit 29 Kandidaten setzten die Demokraten einen neuen Rekord, noch nie in der Geschichte hatten sich nur annähernd so viele Politiker für die Präsidentschaftsnominierung beworben.

Und jede und jeder glaubte, ein wichtiges Segment der Partei zu repräsentieren, darunter ein weißer Sozialist (Bernie Sanders), eine schwarze Staatsanwältin (Kamala Harris), ein schwuler Bürgermeister (Pete Buttigieg), eine progressive Verbraucherschützerin (Elizabeth Warren), ein milliardenschwerer Klimaadvokat (Mike Bloomberg), ein asiatisch-amerikanischer Technophiler (Andrew Yang), ein katholischer Latino (Julián Castro) und ein Arbeiterfreund aus dem Mittleren Westen (Tim Ryan).

Diese Vielstimmigkeit der Partei ist nicht neu und reicht zurück in die dreißiger Jahre. Schon während Franklin Delano Roosevelts erster Amtszeit soll der Entertainer Will Rogers gescherzt haben: „Ich gehöre keiner organisierten politischen Partei an – ich bin Demokrat.“

Tatsächlich hatte Roosevelt eine diverse Wählerkoalition geschmiedet aus Industriearbeitern, Farmern, Katholiken, Schwarzen, Südstaatlern und Intellektuellen. Sie mag unorganisiert gewesen sein, da hatte Rogers recht, aber sie war erstaunlich effektiv: Bis 1981 siegten die Demokraten bei acht von zwölf Präsidentschaftswahlen und beherrschten fast durchweg den Kongress. Sie schufen mit dem New Deal den Sozialstaat, führten und gewannen den Zweiten Weltkrieg, begründeten Uno und Nato, verabschiedeten die Bürgerrechtsgesetze und initiierten die staatliche Krankenfürsorge für Rentner und Bedürftige.

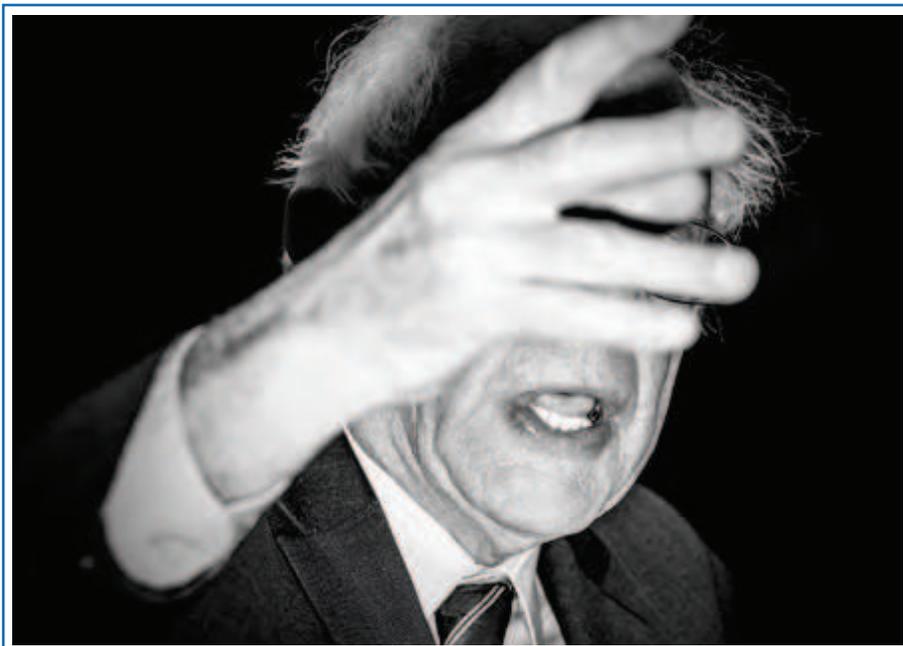
Die Allianz der heterogenen Bettgenossen zerbröckelte indes an der Frage der Emanzipation der Schwarzen, an Rassen- und Vietnamkriegsunruhen, an 68er-Libertinage. Konservative, religiöse Weiße flüchteten in den Schoß der Republikaner, die ihnen Recht und Ordnung versprachen, christliche Werte, einen schlanken Staat und außenpolitische Stärke. Beide Parteien, früher weltanschaulich extrem breit aufgestellt, boten kaum noch Platz für Andersdenkende. In den siebziger Jahren konnte ein Demokrat aus den Südstaaten konservativer sein als ein Republikaner von der Ostküste.

BEI MEINEM ERSTEN LEHRAUFENTHALT in den USA 1993 in der texanischen Kleinstadt Sherman traf ich Demokraten, die in ihrem Glauben an starkes Militär, ausgeglichenen Staatshaushalt und niedrige Sozialausgaben zu Hause rechts von der CSU gestanden hätten (Info für Generation Y: Damals war die CSU eine Harte-Kante-Partei, nicht die durch Markus Söder weichgespülte Version). Senatoren wie Lloyd Bentsen aus Texas oder Sam Nunn aus Georgia repräsentierten solche Typen. Nach dem „Big Sort“, wie der Journalist Bill Bishop 2009 sein Buch über das Phänomen nannte, dem großen Selbstsortieren der beiden Parteien entlang ideologischer Linien, ist diese Spezies fast ausgestorben.

Heute ist Amerika parteipolitisch so gespalten wie zu keinem anderen Zeitpunkt seiner Geschichte. 98 Prozent der überzeugten Konservativen stimmten 2016 für Trump, 95 Prozent der überzeugten Linken für Hillary Clinton. Es gibt immer weniger Wechselwähler in der Mitte, die eine Partei durch gemäßigte Positionen für sich gewinnen kann. Manche Analysen sehen sie lediglich bei 6 Prozent der Wählerschaft. Republikaner und Demokraten im Kongress kooperieren deshalb kaum mehr. Der von den Gründervätern gefürchtete „factionalism“, die Übernahme des politischen Systems durch weltanschauliche Stämme, ist Wirklichkeit geworden.

Je schärfer sich die beiden Parteien voneinander abgrenzen, desto stärker tobt der Richtungskampf in ihnen. Bei den Republikanern hat ihn Trump in den vergangenen vier Jahren entschieden, indem er Moderate und Internationalisten marginalisierte und die Partei völlig auf seinen eklektischen Kurs zwang. Bei den Demokraten dagegen spitzte sich der Prinzipienstreit seit 2016 zu. Um zu verstehen, zwischen wem er stattfindet, muss man zunächst die einzelnen Gruppen klassifizieren.

Chuck Schumer, Fraktionsführer der Demokraten im US-Senat, bei einem Auftritt im Januar 2019





Kamala Harris, Kandidatin für die Vizepräsidentschaft, bei einer Bürgerversammlung in Cedar Rapids

Die Vereinigten Staaten sind parteipolitisch so gespalten wie noch nie zuvor, es gibt immer weniger Wechselwähler in der Mitte

Wahlforscher haben dazu verschiedene Modelle entwickelt. Manche differenzieren Parteianhänger entlang weltanschaulicher Linien und dokumentieren einen deutlichen Linksruck. Das Pew-Institut fand etwa heraus: Identifizierten sich im Jahr 2000 nur 21 Prozent der demokratischen Wähler als „links“ und 6 Prozent als „sehr links“, waren es 2019 32 und 15 Prozent. Gleichzeitig fiel der Anteil derer, die sich als „konservativ“ oder „sehr konservativ“ betrachteten, von 23 auf 14 Prozent. Getrieben wurde der ideologische Schwenk vornehmlich von Weißen mit Collegeabschluss; bei Schwarzen und Hispanics fiel er, ohnehin ausgehend von einem niedrigeren Niveau, deutlich geringer aus. Das Feld der Präsidentschaftsbewerber war 2020 so auch stärker links ausgerichtet als bei früheren Vorwahlen.

ANDERE WISSENSCHAFTLER ermitteln parteiaffine Milieus, wie oben bei Roosevelts New-Deal-Koalition geschehen. Das sind bei den Demokraten heute Frauen, Junge, besser Gebildete, Kirchenferne, ethnische Minderheiten, Mitglieder der LGBT-Gemeinde (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender), Umweltschützer. Als treueste der treuen Demokraten erweisen sich schwarze Frauen, die 2016 zu 98 Prozent

Clinton wählten. Wieder andere Analysten nehmen die Geografie zum Richtmaß: Danach liegen die Hochburgen der Partei an den Küsten, im Nordosten und in den großen Städten.

Der Harvard-Student Noah Redlich hat ideologische und sozialökonomische Kriterien kombiniert und damit überzeugend vier Flügel der Demokraten voneinander abgegrenzt (Notiz an mich selbst: Gute Ideen müssen nicht unbedingt von Professoren stammen). Er bezeichnet sie mit feinem Gespür für einprägsame Begriffe als Berniekraten, Rostgürtel-Populisten, Kulturkrieger und Küstentechnokraten.



Die Berniekraten, benannt nach ihrem Vorkämpfer, dem selbst erklärten Sozialisten Bernie Sanders, sind wirtschaftlich am weitesten links. Sie fordern eine staatliche Krankenversicherung für alle, einen Mindeststundenlohn von 15 Dollar, kostenloses Studium an öffentlichen Universitäten, das Streichen aller Studienkreditschulden, eine Finanztransaktionssteuer und ein Verbot unbegrenzter Wahlkampfspenden. Die Berniekraten stehen der Occupy-Wall-Street-Bewegung nahe, die nach der Immobilien- und Finanzkrise für eine stärkere Kontrolle des Banken- und Finanzsektors protestierte.

Mit den Kulturkriegern verbindet sie der Umweltaktivismus, mit den Rostgürtel-Populisten die Freihandelskepsis. Ihre parteiinternen Gegner sind die wirtschaftsfreundlichen Küstentechnokraten. Die Berniekraten lehnen Militärinterventionen ab und verlangen eine bessere internationale Zusammenarbeit gegen Klimawandel, Militarismus, Autoritarismus und globale Ungleichheit. Sie sind jünger, weißer, eher männlich, besser gebildet und einkommensschwächer als der Durchschnittsdemokrat. Wichtigste Vertreterin dieses Flügels hinter Sanders ist die jüngste je ins Repräsentantenhaus gewählte Frau, die 30-jährige New Yorkerin Alexandria Ocasio-Cortez.

Der zweite Flügel, die Rostgürtel-Populisten, umfasst die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor allem im industriellen Herzland um die Großen Seen: Minnesota, Wisconsin, Illinois, Michigan, Pennsylvania und Ohio. Sie unterstützen staatliche Sozialprogramme wie die Rentenversicherung und die Krankenfürsorge für Alte (Medicare) und Arme (Medicaid) und lehnen Handelsliberalisierungen und schärfere Waffengesetze ab. Die Rostgürtel-Populisten stehen ökonomisch den Berniekraten nahe, nicht aber deren Passion für Umweltschutz und Massenproteste. Am wenigsten anfangen können sie mit den Anliegen der Kulturkrieger wie LGBT-Rechten und einer freizügigen Immigrationspolitik, ebenso suspekt ist ihnen die Globalisierungseuphorie

der Küstentechnokraten. Sie sind überproportional alt, männlich, bildungsfern, religiös und weiß und gaben den Ausschlag, dass die Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen von 1992 bis 2012 bis auf Ohio alle diese Staaten durchweg gewannen.

Die Gruppe galt so sehr als demokratisches Urgestein, dass sich Hillary Clinton 2016 kaum um sie bemühte. Nicht zu Unrecht fühlten sich die Rostgürtel-Populisten zunehmend übergangen in der Partei. Die Folgen waren fatal: Mit seinen protektionistischen und xenophoben Parolen brach Trump in diese demokratische Phalanx ein, gewann Ohio, Wisconsin, Michigan und Pennsylvania und sicherte sich so die Präsidentschaft. Die wichtigsten Vertreter der Rostgürtel-Populisten sind die Senatoren Sherrod Brown aus Ohio und Joe Manchin aus West Virginia.

DI E KULTURKRIEGER bilden den dritten Flügel der Demokratischen Partei. Ihnen geht es zuvorderst um soziale Gerechtigkeit. Sie sind gut ausgebildet, relativ wohlhabend, weiblich, jung, säkular, politisch überaus aktiv und gehören oft Minderheiten an. Man findet sie an Colleges und Universitäten, wo sie für mehr Diversität eintreten und Auftritte missliebiger Redner behindern. Demokratische Kulturkrieger kämpfen gegen Rassismus und für eine großzügige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, LGBT-Rechte, liberale Abtreibungsregeln und Klimaschutz. Sie tragen die Metoo-, Fridays-for-Future- und Black-Lives-Matter-Bewegungen und sind die Speerspitze der Anti-Trump-Proteste.

Dieser Flügel sieht sich als „woke“, als politisch erwacht und hochsensibel gegenüber allen Formen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die auf Minderheiten lasten. Im Zentrum steht die Idee, dass ihre jeweils spezifische Unterdrückungserfahrung Gruppen wie Schwarzen, indigenen Völkern, Frauen, Schwulen, Lesben, Transmenschen eine eigene soziale Identität verleiht. So verschieden diese Identitäten

sind, so geschlossen ist ihr Feindbild: weiße, heterosexuelle, ältere Männer und die von ihnen zementierten patriarchalen Strukturen. Die Kulturkrieger, pardon: Kulturkrieger*innen oder noch korrekter: Kulturkriegführenden, haben am wenigsten gemein mit den Rostgürtel-Populisten. Führende Köpfe sind Stacey Abrams, die erste schwarze Gouverneurskandidatin der US-Geschichte, sowie, etwas gemäßigter, die Senatorinnen Elizabeth Warren aus Massachusetts und Kirsten Gillibrand aus New York.

Die Küstentechnokraten, der vierte Flügel, sind gut ausgebildet und



Pete Buttigieg im August 2019 bei einer Rede in New Hampshire als Kandidat während der Vorwahlen

**Der Flügel der
Kulturkrieger sieht
sich als politisch
erwacht gegenüber
allen Formen von
Ungleichheit und
Ungerechtigkeit**

wohlsituiert und leben oft in den Suburbs an der Ost- und Westküste. In Fragen wie der Waffenkontrolle, der Homo-Ehe, der Einwanderung, der Abtreibung und dem Klimaschutz stehen sie den Kulturkriegern nahe. Allerdings sind sie wirtschaftsfreundlicher und fiskalkonservativer, unterstützen den Freihandel und betrachten privates Unternehmertum als essenziell für Innovation und Wohlstand. Innerhalb der Partei sehen die Küstentechnokraten die Berniekraten als größte Gegner, deren Klassenkampfrhetorik und Staatsgläubigkeit sie verurteilen. Stattdessen fordern sie pragmatische Lösungen bei Krankenversicherung und Steuern. Barack Obama und Hillary Clinton gehören zu dieser Gruppe, bei den Präsidentschaftskandidaten von 2020 Harris, Buttigieg und Yang.

Halten die vier Flügel zusammen, sichern sie den Demokraten Mehrheiten auf nationaler Ebene. Tatsächlich erhielt die Partei bei sieben der acht zurückliegenden Präsidentschaftswahlen mehr Wählerstimmen als die Republikaner. Das war auch 2016 der Fall, als Clinton 2 Prozentpunkte vorne lag. Im allein entscheidenden Wahlmännerkollegium verlor sie jedoch, weil zu viele Rostgürtel-Populisten zu Trump übergelaufen oder nicht zur Wahl gegangen waren. Zugleich hatte Clintons wichtigster innerparteilicher Rivale

**VON
LUTHER
ZU
TWITTER**

**MEDIEN UND
POLITISCHE
ÖFFENTLICHKEIT**

**10.9.20
- 11.4.21**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**

**PEI-BAU
HINTER DEM GIESSHAUS 3
10117 BERLIN, DHM.DE**

Biden gehört zu den letzten Vertretern einer Generation, die viele Strömungen der Partei unter einem Dach vereinen kann

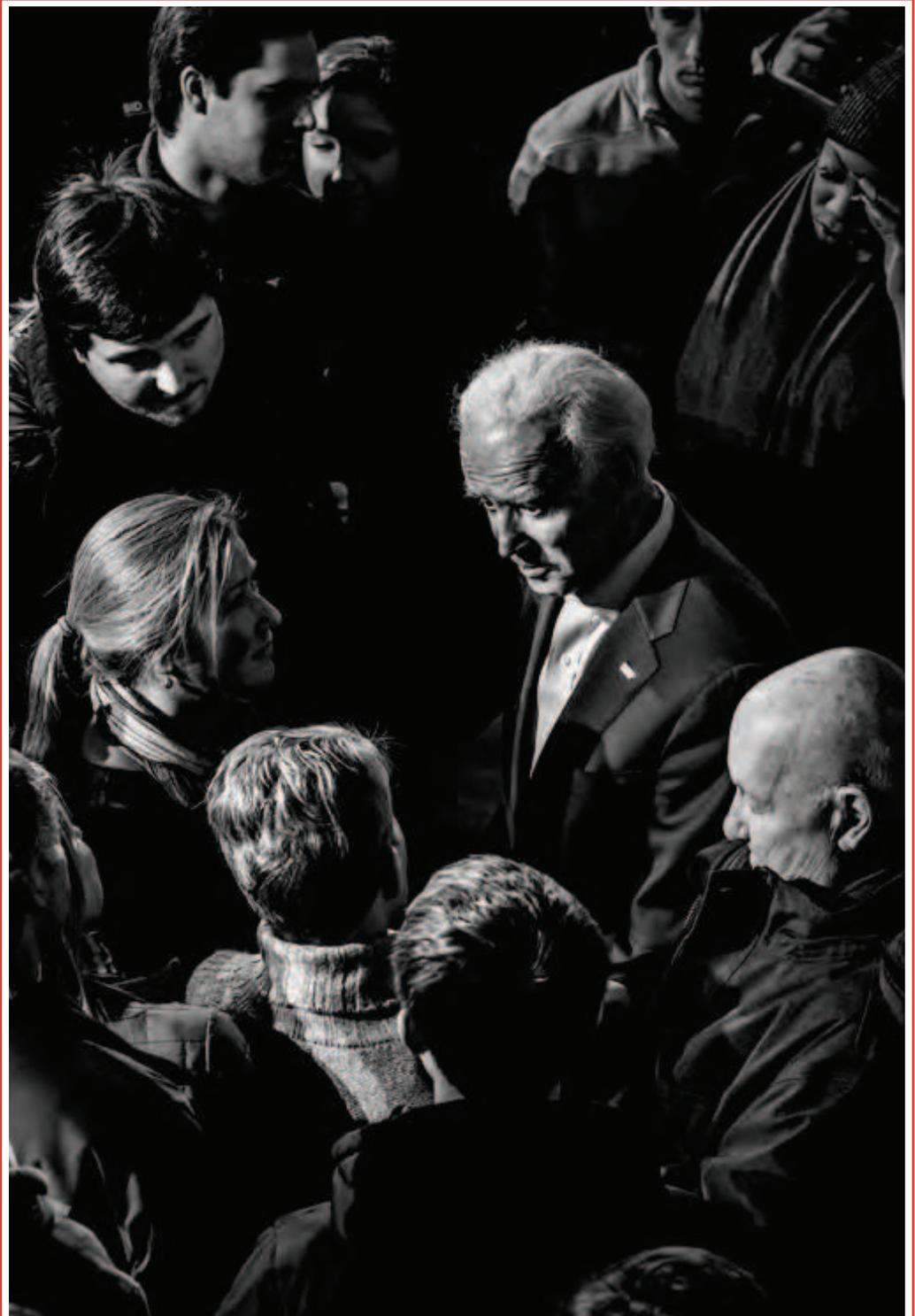
Sanders damals geögert, sie nach seiner Niederlage bei den Vorwahlen mit voller Kraft zu unterstützen.

Ein weiterer Vorteil für die Demokraten ist, dass ihre Milieus – vor allem die Minoritäten, die Säkularen, die besser Gebildeten – im Gegensatz zu den republikanischen wachsen. Alle vier Jahre steigt ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft deshalb um 1 Prozentpunkt. Würden alle Gruppen – Achtung, Gedankenexperiment! – dieses Jahr exakt so abstimmen wie 2016, gewönne Biden allein wegen des demografischen Wandels.

In den vergangenen vier Jahren stiegen die Kulturkrieger und die Berniekraten zu den lautstärksten und sichtbarsten Flügeln bei den Demokraten auf. Nicht von ungefähr lagen Sanders und Warren bei landesweiten Umfragen nach dem Präsidentschaftsbewerber der Partei im vergangenen Jahr lange vorn. Sanders erzielte bei den ersten drei Vorwahlen im Februar sogar die meisten Stimmen. Aber keine der beiden Gruppen kann die Partei dominieren, und viele ihrer Forderungen sind nicht mehrheitsfähig.

Was die disparaten Flügel 2020 zusammenschweißt, ist Donald Trump. Seit seiner Amtsübernahme verfolgt er nur das eine Ziel, nämlich seine siegreiche Wählerkoalition aus Wirtschaftsliberalen, Evangelikalen und Wutbürgern bei der Stange zu halten – deshalb die Dämonisierung der Demokraten als gottlose Sozialisten, deshalb die ständigen Tabubrüche und das Herumkrakeelen. Das beschert Trump enorme Zustimmungsraten von 90 Prozent bei Wählern, die ihm bereits beim letzten Mal ihre Stimme gaben. Doch es mobilisiert auch die Demokraten ungemein und zwingt sie, ihre Fehden hintanzustellen, wollen sie ihre Nemesis nach vier Jahren aus dem Weißen Haus vertreiben. Erstaunlich leicht einigten sich die Parteianhänger in den Vorwahlen deshalb

Joe Biden während seines Wahlkampfs für die Präsidentschaftskandidatur in Exeter, New Hampshire, im Dezember 2019



**Die im Vorwahlkampf unterlegene
Senatorin Elizabeth Warren bei
einem Auftritt in Iowa, Sommer 2019**

auf den schon tot geglaubten Joe Biden, erstaunlich schnell warf sein hartnäckigster Rivale Sanders das Handtuch.

Dass ausgerechnet der 77-jährige Biden, der zeit seiner Karriere weder als mitreißender Wahlkämpfer noch als innovativer Denker auffiel, die Demokraten zum Sieg führen soll, verwundert viele. Keine Frage kam bei meinen Vorträgen zu den US-Wahlen in den vergangenen Monaten öfter als die, ob denn die Demokraten keinen jüngeren, dynamischeren Kandidaten finden konnten. Ja, hätten sie, aber Biden ist die sicherste und aussichtsreichste Wahl. Die jungen Bewerber – und selbst einige alte wie Sanders (80) oder Warren (71) – zählen fast ausnahmslos zu einem der vier Flügel und sind damit für die anderen Gruppen nur schwer akzeptabel.

Biden dagegen war stets ein Mann der Parteimitte, egal, wo diese Mitte gerade lag. Er gehört zu den letzten Vertretern einer Generation, die möglichst viele Wähler und Richtungen unter einem „big tent“, einem großen Zelt, versammeln können und bereit sind, weltanschauliches Laissez-faire walten zu lassen.

Das erklärt übrigens auch, warum die beiden wichtigsten Parteiführer hinter Biden, die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi und der Minderheitsführer im Senat Chuck Schumer, sich mit 80 beziehungsweise 69 Jahren ebenfalls im Rentenalter befinden: Sie sind Kompromisspolitiker aus einer vergangenen Welt, denen der ideologische Eifer der Kulturkrieger und Berniekraten fremd ist. Dass Biden mit Kamala Harris eine Vertreterin der Küstentechnokraten als Running Mate berief, zeigt seine Entschlossenheit, im Falle eines Wahlsiegs am 3. November vom Zentrum aus regieren zu wollen.

Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Umfrageinstitute wie Real Clear Politics und Five Thirty Eight sehen Biden als 2:1-Favoriten. Als Präsident würde er natürlich die unterschiedlichen Flügel für ihre Loyalität belohnen müssen – personell wie inhaltlich. Das Personelle ist die leichtere Übung: Sein Kabinett dürfte Rekorde setzen bei der Berufung von Frauen und Minderheiten. Elizabeth Warren wird als erste Finanzministerin in der US-Geschichte gehandelt, Michèle Flournoy als erste Verteidigungsministerin. Pete Buttigieg, der junge, schwule Ex-Bürgermeister von South Bend und Shooting Star der Vorwahlen, dürfte in die Regierung einziehen, dazu mehrere schwarze und hispanische Politiker und Politikerinnen. Für Andrew Yang müsste sich ebenfalls ein hoher Posten finden lassen. Und Biden hat bereits versprochen, eine schwarze Frau für die nächste Vakanz am Obersten Gerichtshof zu nominieren.



INHALTLICH HÄNGT VIEL DAVON AB, ob die Demokraten neben dem Repräsentantenhaus zusätzlich den Senat erobern. Sollte das misslingen, müsste ein Präsident Biden Kompromisse mit den wenigen verbliebenen moderaten Republikanern suchen. Das würde Konflikte mit linken Demokraten heraufbeschwören und die Bruchlinien in der Partei offenlegen. Mit beiden Kammern in demokratischer Hand könnte Biden hingegen, wie Angela Merkel einmal für sie so untypisch forsch sagte, „durchregieren“ und eine eher linke Agenda verfolgen.

Sanders hat schon angekündigt, nach einem Wahlsieg den Kampf für eine allgemeine staatliche Krankenversicherung wieder aufzunehmen. Die wird er zwar nicht durchsetzen können. Allerdings hat sich Biden unter dem Druck der Kulturkrieger und Berniekraten im Wahlkampf bereits für ein Senken des Medicare-Eintrittsalters von 65 auf 60 Jahre, einen Erlass der Studienkreditschulden für Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen und einen höheren Mindestlohn ausgesprochen. Dazu dürfte ein weiteres Konjunkturprogramm kommen, um die pandemiegeschwächte Wirtschaft anzukurbeln – vollgestopft mit all den typischen demokratischen Goodies: Zuschüsse zum Arbeitslosengeld, Subventionen für grüne Energie, öffentliche Infrastrukturprojekte.

Das kostet den Staat viel Geld, doch Haushaltsdisziplin ist eh passé in Washington. Trump hat durch Steuergeschenke und Corona-Hilfspakete drei Billionen Dollar auf die Staatsschulden gesattelt und das fiskalische Gewissen der Republikaner lobotomisiert. Mit seinem Plan, die Steuern auf Unternehmens- und Kapitalgewinne sowie für die reichsten 1 Prozent zu erhöhen und eine Mindeststeuer für Großkonzerne einzuführen, wird Biden das Budget zwar nicht sanieren, aber zumindest den linken Flügel der Partei entzücken. Auf jeden Fall dürfte er viele von Trumps Deregulierungsmaßnahmen beim Umwelt- und Arbeitsschutz sowie Restriktionen für Einwanderer und Flüchtlinge



Kamala Harris reicht einer Unterstützerin bei einer Bürgerversammlung die Hände

Moskau, der Obergrenzen für strategische Atomwaffen festlegt und am 5. Februar 2021 ausläuft, um fünf Jahre verlängert. Zudem könnte er den angeordneten Truppenabzug aus Deutschland stoppen oder zumindest abmildern. Insbesondere wird sich der Umgangston ändern: Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs mit dem US-Präsidenten im Rahmen der Nato, der EU oder der G-7 werden weniger garstig und disruptiv verlaufen. Es wird wieder gemeinsame Deklarationen geben zu geteilten Werten und zur Bedeutung

per Präsidialdirektive aufheben. Den Bau der Mauer (genauer: der Sperranlage an der Grenze zu Mexiko) würde er umgehend stoppen. Zugleich wird es von Tag eins einer Biden-Regierung an, zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie, eine kohärente Anti-Corona-Politik geben.

AUSSENPOLITISCH IST VON BIDEN in den großen Fragen freilich kein grundlegender Wandel zu erwarten. Chinas jahrzehntelanger ökonomischer und machtpolitischer Aufstieg geht ungebremst weiter und fordert den globalen Platzhirsch USA immer stärker heraus. Seine militärische Expansion im Südchinesischen Meer, Masseninternierung von Uiguren, die Gleichschaltung Hongkongs und Industriespionage werden die Demokraten eher schärfer kritisieren als Trump, der Peking bisher allein für das Handelsbilanzplus und als Verursacher der Corona-Seuche attackierte. Auch gegenüber Russland dürfte sich wenig ändern, hier hat der Kongress den Putinfreundlichen Amtsinhaber schon auf Konfrontationskurs gezwungen. Trotz seines Votums für den Irakkrieg 2002 ist Biden ähnlich interventionsskeptisch wie Trump. Als Vizepräsident hat er den Abzug der US-Soldaten aus dem Irak befördert und Obama von einer Truppenaufstockung in Afghanistan abgeraten.

Für die Verbündeten sollte es nach einem Biden-Wahlsieg sofort zu einer atmosphärischen Verbesserung der Beziehungen kommen. Bis auf Warschau und Budapest gilt in allen europäischen Hauptstädten nur eine Devise: ABT – Anybody But Trump, jeder außer Trump. Bidens Amtsantritt werden sie mit großer Erleichterung aufnehmen, und die USA dürften unter seiner Führung in einigen Fragen tatsächlich auf die Europäer zugehen: beim Klimaschutz, beim Atomabkommen mit dem Iran, bei der Rüstungskontrolle. So ist vorstellbar, dass Biden den von Trump für obsolet erklärten New-Start-Vertrag mit

internationaler Institutionen.

In der entscheidenden Frage des amerikanischen Engagements in Europa allerdings dürfte sich der negative Trend unter Biden fortsetzen. Seit dem Zerfall der Sowjetunion wenden sich die USA neuen weltpolitischen Schlüsselregionen zu, zunächst nach 9/11 dem Mittleren Osten, seit 2011 primär Ostasien und China. Mit dem Erstarken der Berniekraten und der Kulturkrieger, mit den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen infolge der Pandemie dürfte eine Biden-Präsidentschaft indes vorrangig eine innenpolitische sein. Die Europäer werden deshalb künftig ihre zentralen außenpolitischen Herausforderungen mehr und mehr alleine bewältigen müssen: die politische und militärische Eindämmung Russlands, das Management der Instabilität der Levante und Nordafrikas und der daraus resultierenden Flüchtlingsströme, die Selbstbehauptung angesichts des sich verschärfenden amerikanisch-chinesischen Ringens um die Vorherrschaft in der Welt.

Darauf sind die EU und Deutschland unzulänglich vorbereitet. Und gerade Berlin hat in den vergangenen Jahren viel getan, um die USA zu verprellen: Unzuverlässigkeit bei den TTIP-Freihandelsgesprächen, Anhäufen gigantischer Exportüberschüsse auf Kosten der Arbeitsplätze bei den Handelspartnern, Bruch der Nato-Vereinbarung über die Verteidigungsausgaben, unsolidarische Ostsee-Gaspipeline-Politik. Trump mag durch seine Provokationen und Alleingänge eine Eiszeit eingeleitet haben im transatlantischen Verhältnis. Aber Biden allein wird keinen Frühling bringen.



STEPHAN BIERLING lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg. Soeben erschien von ihm „America First – Donald Trump im Weißen Haus“ (C. H. Beck).